Nr. 265
...oht!
...ember:
...iste:
...even
...AGEN
...usbruch
...ne
...rtwein, rot, süß
...ester Marken
Fratelli Cora
di Torino
...ein.
...agen
...ung
...enstraße 9
...straße 9
...n Rabatt –
...ig Geld haben
...n, Damenmänteln
...n, Schuhen
... meine billigen Preise!
...nheitskäufe
Kolonialwaren-
...DACK
...esengasse 3
...tte auf Firma Reaß
...chtung!
...l noch billig!!!
...chtsbäckerei
...garine Pfd. 22 M.
...htung!
... u. Damen-Stoffe
Brand
Achtung!
...ammelfleisch
...tel Kostüme
Kleider
... Röcke
...lzwaren
...-Garderobe
...zial-Kleider-Magazin
...ferstr. Nr. 1
... Laden 1. Etage

Nr. 266 XXIX. Jahrgang

Sonntag, 13. November 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.50, für auswärts M. 3.–, für das Ausland M. 15.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 10.–, mit Platzvorschrift M. 12.–, für das Ausland M. 25.–. Ziffern- oder Auskunftsgebühr 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 60 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 7.–, vierteljährlich M. 21.–. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 7.– frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 3.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.50. **Einzelnummer 40 Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13 525, 13 635, 13 897 und 17 109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Beginn der Konferenz von Washington

Das Zeremoniell der Eröffnung

× **Washington**, 11. November. Die erste Sitzung der Konferenz wird am Sonnabend vormittag 10½ Uhr in der Continental Memorial Hall zusammentreten. Präsident Harding wird nach einem Gebet die Eröffnungsrede halten. Gemäß einem von den Abordnungen ausgesprochenem Wunsche wird keine Antwortrede gehalten, da ein Einvernehmen für eine gemeinsame Antwort nicht erzielt werden konnte. Harding wird sich dann zurückziehen. Staatssekretär Hughes wird zur Wahl des Vorsitzenden der Konferenz auffordern. Der Gewählte wird eine Rede halten und dann zur Wahl des Generalsekretärs und zur Ernennung der Kommissionen schreiten, die beauftragt werden, das Programm und die Geschäftsordnung zu regeln. Um den Kommissionen zu gestatten, einen genauen Plan vorzulegen, wird sich die Konferenz dann voraussichtlich bis Dienstag vormittag vertagen.

Der Saal, in dem die Sitzungen abgehalten werden, hat beträchtliche Ausmaße. Um den Tisch in Hufeisenform werden der Vorsitzende der amerikanischen Abordnung und dann in alphabetischer Reihenfolge die Abordnungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan Platz nehmen. Zwischen den beiden Seitenteilen des Hufeisens wird ein anderer Tisch aufgestellt für die Abordnungen der übrigen Mächte, also Belgien, China, Holland und Portugal. Auf jeder Seite werden sich Sachverständige und Mitglieder der Presse aufhalten. Auf der Galerie nehmen Platz die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes und des diplomatischen Korps. Neun vertretene Mächte werden zur Debatte über die Fragen des Fernen Ostens zugelassen. Aber nur die fünf Großmächte werden an der Debatte über die Abrüstung teilnehmen.

•

Französische Hoffnungen

Paris, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Berichte der Pariser Blätter aus Washington lassen erkennen, daß Briand mit allen Kräften bestrebt ist, wenn auch nicht einen Garantievertrag mit den Vereinigten Staaten, so doch wenigstens ein ähnliches Abkommen zu erreichen. Man schöpft in dieser Beziehung in Paris einige Hoffnungen aus den letzten Erklärungen des Präsidenten Harding, der gestern amerikanischen Journalisten gegenüber geäußert haben soll, daß irgend etwas geschehen müsse, um die Furcht Frankreichs vor Deutschland zu beseitigen. Der Wilsonsche Garantievertrag könne allerdings nicht ins Leben gerufen werden, doch könnte Amerika, wenn der Augenblick dafür eintreten sollte, Frankreich insofern zu Hilfe kommen, als es einen Druck auf Deutschland ausüben würde. Die Erklärung Briands über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der französischen Rüstungen haben in der amerikanischen Presse einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen und findet vielfach starke Kritik. Der Korrespondent des „Intransigeant" in Washington faßt seine Eindrücke von der Gesamtlage dahin zusammen, daß der amerikanisch-japanische Konflikt sehr schwer zu vermeiden sein wird.

Die Forderungen der deutschen Industrie

Das Kreditangebot der Industrie war, als es im Frühjahr erfolgte, eine politische Tat. Unter seinem starken Eindruck begannen die Wogen der Inflation sich zu glätten. Damals kam das geschickt geprägte Wort auf: nicht der vorläufig vage Begriff der Erfassung der Goldwerte sei das Wesentliche, sondern daß wir überhaupt Gold erhielten.

Durch die Entwicklung, die dem Kampf um die neuen Steuern zum Teil seine Schärfe zu nehmen verhieß, hat die gestern vom Reichsverband der Industrie dem Kanzler überreichte Erklärung einen bösen Strich gezogen. Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß manchen unsrer „capitains of industry" und gerade ihren eigentlich [illegible] und bestimmenden Köpfen genau wie im Krieg und in der Zeit vor ihm der Sinn für das Mögliche und praktisch Durchführbare immer noch abgeht.

Man scheint in den Kreisen des Reichsverbands selber das Gefühl gehabt zu haben, daß die bisherige Regie nicht sonderlich glücklich war. So hat man denn heute versucht, vor Vertretern der Berliner Presse den gestrigen Schritt einigermaßen zu erläutern und zu begründen. Leider erfuhren wir auch bei der Gelegenheit nicht viel mehr, als man schon in der „Deutschen Allgem. Zeitung" hatte lesen können: Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volk, wenn man den letzten Rest des deutschen Volksvermögens in eine Kriegsunerschöpfliches Loch schütten würde, ohne Gewähr, daß mit der Notlage nun auch wirklich aufgeräumt würde. Der Privatkredit könne lediglich dazu dienen, das Reich zu sanieren, nicht aber, um unerfüllbare Forderungen der Reparation abzutragen. Die Anspannung der Industrie dürfe nur den Sinn haben, daß diese im Ausland als Garant auftrete. Bei der Fühlungnahme mit dem Ausland hätte sich zudem erwiesen, daß erst durch und nach Washington eine Klärung über die Kreditmöglichkeiten zu erzielen sei. Die Kreditfähigkeit der Industrie aber würde durch die Wirtschaft des Reichs andauernd untergraben. Also: Ueberführung der Staatsbetriebe in die Privatwirtschaft und, mit Zustimmung und unter Mitarbeit der Gewerkschaften, Unterbringung der so frei werdenden Kräfte durch eine planmäßige und umfassende Siedlungspolitik. Die in die Privatwirtschaft überführten Reichsbetriebe könnten dann die Unterlage bilden zu einer weiteren Kreditfähigkeit. Ohne die Reparationen aber würde der Etat des Reichs zu balancieren sein.

Es versteht sich von selbst, daß über alle diese Dinge sich reden läßt. Nur müßte eine solche Erörterung gehörig vorbereitet sein, wären zuvor ihr sachte und behutsam die seelischen Voraussetzungen zu schaffen. Man hatte in den weitesten Kreisen unter der Kreditaktion der Industrie bislang das Angebot eines gewaltigen Opfers verstanden. Eines Opfers, das im Grundsatz bereits feststand, dessen Modalitäten allein noch zu diskutieren waren. Statt dessen präsentiert der Reichsverband der Industrie in gar nicht diplomatischer Sprache eine Reihe nahezu ultimativer Bedingungen, aus denen unschwer der Kehrreim sich ablesen läßt: Wenn nicht, dann nicht.

Damit ist im Grunde alles zerstört, was man zur Beruhigung der Gemüter im Sinn eines allmählichen Ausgleichs der Gegensätze in den letzten Monaten aufgebaut zu haben glaubte. Wer Bedingungen verlangt, hat seinen Lohn dahin. Die Offiziösen des Reichsverbandes meinen beschwichtigend: die Erklärungen der Industrie seien als rein wirtschaftliche Vorschläge abseits von aller Politik zu begreifen. Schade nur, daß sie so niemand auffassen wird, daß sie in dieser Aufmachung notwendig politische Wirkungen auslösen müssen. In Wahrheit haben sie die bereits geübt. Die sozialistischen Gruppen rücken in eine zur Offensive entschlossene Einheitsfront zusammen, die Deutschnationalen, kurzsichtig wie immer, frohlocken. Bei den andern bürgerlichen Parteien, die Mehrheit der Volkspartei ausgeschlossen, ist man bestürzt. Es kann ja auch gar kein Zweifel sein, daß, wenn es nicht gelingt, dem Streit seine Schärfe zu nehmen und den schlecht beratenen Reichsverband zur Umkehr zu bewegen, das Bürgertum in seiner Gesamtheit die Kosten zu bezahlen haben wird.

•

Noch keine Stellungnahme des Reichskabinetts

Die Reparationskommission ist überrascht

B. **Berlin**, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat gestern über das Kreditangebot der Industrie noch keine Beschlüsse gefaßt und es wird sie voraussichtlich zunächst auch noch nicht fassen. Auch nicht am Montag, wo das Kabinett sich nochmals mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigen will. Der Kanzler hat, wie bereits gemeldet, gestern vormittag die Vertreter der Gewerkschaften sowie die des Zentrums und der Mehrheitssozialisten, also der beiden Parteien, die zur Zeit hinter der Regierung stehen, empfangen und er wird sich wohl auch noch mit den Mitgliedern der andern Gruppen in Verbindung setzen. Daß das in etwas seltsame Form gekleidete Angebot der Industrie rundweg abgelehnt werden könnte, glauben wir nicht. Die „Germania" — und ihrer Meinung wird man in diesem Zusammenhang besonderes Gewicht zulegen dürfen — erklärt die Ueberführung der Eisenbahnen und der sonstigen Staatsbetriebe in privatwirtschaftliche Formen politisch für eine Unmöglichkeit, warnt aber vor überstürzten Kundgebungen. Es gelte, den sachlichen Kern der ganzen Frage herauszuschälen, die Staatsnotwendigkeiten klar zu erkennen und danach politisch zu handeln. Wie der „L.-A." mitzuteilen weiß, hätte der Reichskanzler am Donnerstag auch der Reparationskommission Mitteilungen von den Forderungen der Industrie gemacht. Diese hätte sich überrascht gezeigt und es heißt, daß die Verhandlungen sich recht schwierig gestalten würden. Die Kommission soll übrigens mit gebundener Marschroute nach Berlin gekommen sein. Schon vorher sei beschlossen worden, daß sie hier nur mit der Regierung, nicht mit der Industrie zu verhandeln habe.

•

Die demokratischen Beamten gegen die Forderungen der Industrie

Karl v. Siemens zur Rechenschaft gezogen

B. **Berlin**, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Bremen gemeldet wird, hat sich der Beamtenausschuß der Deutschen Demokratischen Partei, der aus Anlaß des Parteitages gestern dort zusammentrat, mit dem Kreditangebot der Industrie und ihren Verstaatlichungswünschen beschäftigt. Reichstagsabgeordneter Schulz, der erste Vorsitzende der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten, hatte über die Frage referiert und ausgeführt: Die Pläne der Industrie gefährden das Berufsbeamtentum. Die Mitteilungen des Reichsverkehrsministers Groener über die auf Privatisierung von Post und Eisenbahn ausgehenden Pläne der Industrie hätten innerhalb der Beamtenschaft eine kritische Lage hervorgerufen. Der demokratische Beamtenausschuß hat den Parteivorstand gebeten, Klarheit darüber herbeizuführen, weshalb die demokratischen Mitglieder des Reichsverbandes der Industrie diesem Projekt zugestimmt hätten. Das bezieht sich vornehmlich auf den Reichstagsabgeordneten Karl v. Siemens, der zu der Abordnung gehört hatte, die dem Kanzler die Bedingungen der Industrie überbrachte.

Deutsche Assignaten-Wirtschaft

Reparationsproblem, Reichsfinanzen und Weltwirtschaft

Der Reichsfinanzminister Hermes hat in der vergangenen Woche im Reichstage ein Bild von der deutschen Finanzlage gezeichnet. Ein Bild von so schrecklicher Hoffnungslosigkeit und chaotischer Verwirrung, wie es wohl noch kein europäischer Finanzminister zu entwerfen hatte, seit den Tagen der französischen Assignatenwirtschaft nach der großen Revolution des Jahres 1789. Das Studium der französischen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts muß überhaupt jedem Deutschen angelegentlich empfohlen werden; denn es ähnelt mit fast grauenerregender Deutlichkeit, oft bis in kleinste Einzelheiten, den Zuständen von heute. Die gleichen Probleme tauchen auf, die gleichen Schlagworte üben ihren verwirrenden Einfluß aus und die gleichen ökonomischen Kurpfuscher sind an der Arbeit. Der nachstehende Aufsatz sucht den Weg Deutschlands zur Assignatenwirtschaft, d. h. zur Zertrümmerung der wirtschaftlichen Existenz der breiten Masse in einleuchtenden Worten zu vergegenwärtigen und zeigt, welch großes Stück dieses Weges zur Hölle wir schon hinter uns haben.

Die Redaktion.

•

Der Weg der deutschen Finanzen

Von Minister a. D. Hermann Dietrich,
M. d. R. und B. L.

(Nachdruck verboten)

Wie hoch steht der Dollar? Das ist heute beinahe die Anrede geworden, wenn man einen Bekannten trifft. Unter oder über 300? Für viele eine Frage lediglich des arbeitslosen Gelderwerbs, für manche eine gleichgültige Sache, für die Einsichtigen aber ein Zustand unendlicher Sorge und bauer Ueberlegung, welch unheilvolle und verheerende Wirkung dieses Steigens des Dollars oder, richtiger gesagt, Sinken der deutschen Mark auf die deutsche Wirtschaft, die deutsche Innen- und Außenpolitik und für die deutsche Zukunft haben wird. Der Herr Reichsfinanzminister hat uns in seiner Rede gezeigt, welchen Weg die deutschen Finanzen zur Zeit gehen. Wir haben aus dieser Rede entnommen, daß der Weg der deutschen Finanzen in den Abgrund geht, in einen Zustand der Assignatenwirtschaft hinein, mit ihren unheimlichen Folgen der Zertrümmerung des Rentenkapitals, der Zerstörung einer angemessenen Lebensmöglichkeit für die Beamten, für die Angestellten und für die Rentner. Die Grundursache dieser Entwicklung der Dinge, die geradezu katastrophal ist, liegt weder in den unvernünftigen Ausgaben für einzelne deutsche innere Zwecke, noch in den Aufwendungen, die wir für unsre Schuldenlast zu machen haben, auch nicht in den Zuschüssen, die wir an unsre Betriebsverwaltungen leisten, nicht in den Ausgaben, die wir für soziale Zwecke und die Lebensmittelbeschaffung machen, sondern die Schuld daran liegt einzig und allein an der Reparationsverpflichtung, die wir zu erfüllen haben. Die Reparationsverpflichtung ist, wenn wir sie mit 3½ Milliarden Goldmark annehmen, bei einem Kurse des Dollars von 100, mit 90 Milliarden Papiermark zu bemessen. Inzwischen ist der Kurs des Dollars aber gestiegen auf 260, und heute hört man von 300. Wenn man 250 annimmt, dann erfordert die Reparationslast 225 Milliarden Papiermark. Ist denn ein einziger Mensch in Deutschland, der glaubt, daß eine solche Summe aus dem deutschen Volke herausgeholt werden kann? Und was will es bei dieser Lage der Dinge heißen, wenn es wirklich gelingt, wie der Reichsfinanzminister gemeint hat, aus den neuen Steuervorlagen 40 oder 45 Milliarden Papiermark herauszubringen. Selbst wenn es gelingt, 90 herauszubringen, kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus. Dieser Betrag, den der Herr Reichsfinanzminister herausbringen will, ist heute schon um das Dreifache durch die Geldentwertung aufgewogen. Was bedeutet angesichts dieser Reparationsleistung z. B. unsre innere Schuld in Höhe von 300 Milliarden Papiermark, deren Verzinsung einen Aufwand von 15 Milliarden Papiermark oder, bei dem heutigen Kurse, von 250 Millionen Mark in Gold erfordert, gegenüber den 3½ Milliarden Goldmark, die wir an die Entente bezahlen sollen?

Die Gehälter, die Löhne und die Produktionskosten im Inland werden durch die fortgesetzte Geldentwertung, die wir zur Zeit durchleben, ständig verringert und nicht erhöht, wie wir vielfach zu glauben geneigt sind. Sie fallen, wenn der Geldwert fällt. Das Wettrennen, das hier zwischen der Geldentwertung und den Löhnen und Gehältern und Einkommen vor sich geht, endigt allemal mit einem Siege der Geldentwertung. Man darf sich nur einmal vergegenwärtigen, daß ein hoher Beamter, der heute die Summe von 80 000 Papiermark bekommt, beim heutigen Dollarkurs sage und schreibe 1000 Goldmark Einkommen hat, wovon ihm dann noch ein Drittel durch die Steuer weggenommen wird. Der Beamte arbeitet also für einen Betrag von 50 bis 60 Goldmark im Monat, also unter dem, was der geringst besoldete Tagelöhner vor 20 Jahren in Deutschland bezogen hat. Man kann ihn mit 30 Zwanzigmarkstücken in Gold für ein ganzes Jahr bei dem heutigen Kursstand bezahlen. Man kann sich den Stand der Dinge auch daran vor Augen halten, daß z. B. in Deutschland heute ein Automobil, das 250 000 M. kostet, von einem Amerikaner für 1000 Dollar erstanden werden kann.

Fragt man nun nach dem Grund der Entwicklung der Geldentwertung mit all ihren Folgen, wie ich sie eben angedeutet habe, so findet man, daß der Hauptgrund dieser Entwicklung in der Erzwingung gewaltiger Zahlungen und Sachleistungen Deutschlands durch die Entente liegt, und nur darin. Denn alles, was wir geleistet haben, haben wir letzten Endes mit Papiergeld bezahlt.*) Solange dieser Zustand anhält, wird die Papiergelddruckmaschine nicht zum Stillstand gebracht und das Sinken des Geldwertes nicht aufgehalten werden können. Aus den Zahlen, die im Reichstag angegeben wurden, ersieht man im übrigen, daß es, abgesehen von dieser Reparationsleistung, wohl möglich wäre, die innere Finanzwirtschaft Deutschlands in Ordnung zu bringen, daß es möglich wäre, die Steuern so zu gestalten und auf einer solchen Höhe zu halten, daß aus diesen Steuern der laufende Bedarf des Deutschen Reiches gedeckt werden könnte, allerdings unter der einen Voraussetzung, daß die Defizite der Betriebsverwaltungen beseitigt würden. Man müßte versuchen diese Defizite durch Tariferhöhungen und durch Ersparungen zu beseitigen.

Die Gefahren der sinkenden Kaufkraft

Der Herr Reichsfinanzminister Hermes hat das dahin ausgedrückt: der ordentliche Haushalt ohne Kontributionen weise einen Ueberschuß von 2 Milliarden Papiermark auf. Das ist dasselbe, was ich eben gesagt habe. Deswegen stellen wir zunächst fest, daß die Forderung der Reparation und die Reparationszahlungen das Grundübel sind und daß die Fortdauer dieses Zustandes die Fortdauer der Geldentwertung in Deutschland bedeutet. Aus dieser Geldentwertung entsteht die weitere Tatsache, daß Deutschland zu Preisen produziert, die ihm gestatten, auf dem Weltmarkt jede Konkurrenz zu unterbieten. Aber nicht nur, daß Deutschland gezwungen ist, zu Preisen zu produzieren, mit denen es auf dem Weltmarkt jeden unterbieten kann, die weitere Folge des sinkenden Geldwertes ist, daß die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung — das ist das allerwichtigste — auf dem Inlandsmarkt und auf dem Weltmarkt fällt. Mit andern Worten: die Not der breiten Massen wächst. In demselben Maße aber, in dem der Verbrauch des Inlands geringer wird und in dem die Not der Massen, der Verbraucher im Inlande steigt, wird die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für fremde Rohstoffe und für Waren jeder Art verringert. Wir haben also nicht nur den Zustand, daß wir infolge der Reparation gezwungenermaßen auf dem ganzen Weltmarkte das Ausland beispiellos unterbieten und konkurrenzieren, sondern wir haben auch den Zustand, daß Deutschland als Käufer, als Abnehmer, als Teil des Weltmarktes für die andern verschwindet. Daneben droht hier für die Industriellen und Arbeiter eine nicht unerhebliche Gefahr insofern, als diejenigen Industrien, welche mit Rohstoffen vom Weltmarkte arbeiten, eines Tages nicht mehr imstande sind, bei dem heutigen Kurs des Dollars überhaupt noch für ihre Produktion Rohstoffe zu kaufen und sich vor der Gefahr sehen, aus Mangel an Rohstoffen, die sie nicht mehr bezahlen können, ihre Betriebe einstellen zu müssen. Da nun die Entente durch die Aufrechterhaltung ihrer Reparationsforderungen die Geldentwertung verursacht und die Fortdauer und Verstärkung dieser Geldentwertung begünstigt, so trägt die Entente die Verantwortung nicht nur für die katastrophalen Zustände in Deutschland, für die schwere Lage breiter Schichten im deutschen Volke — die Lage dieser Leute ist ihr natürlich ganz gleichgültig — sondern auch dafür, daß Deutschland eines Tages überhaupt nicht mehr zahlen kann. Wenn Deutschland dann seine Zahlungen einstellt, so trifft die ganze Verantwortung hierfür die Entente und nicht Deutschland.

Sabotiert Deutschland seine Währung?

Sie trifft aber die Entente auch noch in einem andern Punkte, nämlich insofern, als durch diese Entwicklung der Dinge die Arbeitslosigkeit in den Staaten der Entente nicht nur so bleiben wird, wie sie jetzt ist, sondern noch verschärft werden wird. Die beispiellose Arbeitslosigkeit, die dort herrscht, hat ihre Gründe in zwei Dingen: einmal darin, daß ein großer Teil der weißen Bevölkerung, nämlich die Bevölkerungen Rußlands, Oesterreich-Ungarns, des Balkans und Vorderasiens, durch die Folgen des Weltkrieges als Verbraucher ausgeschieden ist. Auf der andern Seite hat sie ihren Grund darin, daß Deutschland infolge der fortgesetzten Reparationszahlungen und der unsinnigen Abgaben an Schiffen, Kohlen und ähnlichen Dingen als Abnehmer allmählich zu verschwinden droht. Die ganze Last der Verantwortung liegt also nicht bei uns, sondern in erster Reihe auf der andern Seite, und das müssen wir in den Vordergrund jeder Erörterung stellen. Nun sieht der § 234 des Friedensvertrages vor, daß der Wiedergutmachungsausschuß von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen hat. Dieser Ausschuß kann die Frist für die Zahlungen verlängern und die Form der Zahlungen ändern. Er kann jedoch einen Zahlungsnachlaß nur mit Zustimmung der verschiedenen im Ausschuß vertretenen Regierungen eintreten lassen. Hier ist also nicht etwa ausgeschlossen,

*) Wir haben die Devisen mit Papiermark gekauft und wir haben die Sachlieferungen, die wir gemacht haben, den [illegible] Industriellen und Handelsleuten mit Papiermark bezahlt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19211113/1